



Dokumentation der
Landessenioren*innen-Konferenz

»Kommunale Daseinsvorsorge aus der Perspektive älterer Menschen«

am 8. April 2017

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Inhalt

0. Vorwort	3
1. Eröffnung – Rico Gebhardt , MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag	5
2. Grußwort – Andreas Salzwedel , stellvertretender Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Glauchau	10
3. Vortrag: »Gleichwertige Lebensbedingungen für die ältere Generation in allen Regionen schaffen«, Jörn Wunderlich, MdB , seniorenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag	14
4. Vortrag: »Alternde Gesellschaft in Kommunen des ländlichen Raumes gemeinschaftlich gestalten«, Simone Luedtke , Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Borna	22
5. Vortrag: »Lebensqualität in einer alternden Stadtgesellschaft erhalten und verbessern« Susanne Schaper, MdL , sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Chemnitz	30

»Die Dokumentation enthält die Redemanuskripte der Vortragenden. Ein Wortprotokoll wurde nicht erstellt. Aus diesem Grunde bestehen teilweise Abweichungen zu den zur Veranstaltung tatsächlich vorgetragenen Texten.«

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Landessenioren*innen-Konferenzen der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag sind inzwischen zur guten Tradition geworden. Im Abstand von etwa zwei Jahren fanden sie in unterschiedlichen Städten Sachsens statt. Diesmal in Glauchau stand der Siebte Altenbericht der Bundesregierung als Thema auf der Tagesordnung, der Anfang November 2016 erschien.

Ziel der Konferenz war, die Ergebnisse des Berichtes aufzunehmen und zu diskutieren. Es sollte die Möglichkeit gegeben werden, Anregungen für die landesweite und kommunale Arbeit zu sammeln sowie die eigenen Aktionsrahmen in Bezug auf die Politik für, von und mit Seniorinnen und Senioren zu erweitern. Wir meinen: Das ist gelungen, wie Teilnahme und Diskussion gezeigt haben.

Zur ebenso guten Tradition ist es geworden, die Beiträge des Tages in einer Dokumentation zusammenzufassen. Wir halten dies auch für wichtig, denn Broschüren sind für eine Generation, die nicht mit dem Internet aufgewachsen ist, vermutlich das gebräuchlichere Medium. Als Goethe damals seinen Faust sagen ließ: »Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.«, meinte er etwas Gedrucktes insbesondere Bücher. Heute könnten damit auch das E-Book oder der Tablet-PC gemeint sein. So ändern sich eben die Zeiten! Und auch darauf sind wir eingestellt, denn Sie können die Broschüre unter www.linksfraktion-sachsen.de abrufen, zumindest, wenn Sie – wie so viele Seniorinnen und Senioren – mit der Zeit gegangen sind und einen PC haben.

In diesem Sinne wünschen wir uns, dass Sie die Konferenz und/oder das Lesen der Broschüre anregen, einen Beitrag zur Umset-

zung des Siebten Altenberichtes der Bundesregierung zu leisten.
Das wäre sehr im Sinne des Berichtes und auch unserer Konferenz.

Rico Gebhardt, MdL
Fraktionsvorsitzender

Horst Wehner, MdL
*Sprecher für Senior*innen-Politik*

Eröffnung – Rico Gebhardt, MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
werte Gäste,

ich begrüße Sie und Euch sehr herzlich zur diesjährigen Landes-senior*innen-Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag, die sich mit dem »Siebten Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland«, kurz Siebter Altenbericht der Bundesregierung, befassen wird und dementsprechend unter dem Titel steht »Kommunale Daseinsvorsorge aus der Perspektive älterer Menschen«.

Besonders herzlich begrüße ich Herrn Andreas Salzwedel der als Stellvertreter des terminlich leider verhinderten Oberbürgermeisters der gastgebenden Stadt Glauchau, Herrn Dr. Peter Dresler, nach mir das Grußwort sprechen wird; ich begrüße die Seniorenbeauftragte der Großen Kreisstadt Glauchau, Frau Elke Köhler, die vielleicht schon am Vormittag, auf jeden Fall aber am Nachmittag in der Podiumsdiskussion aktiv mitdiskutieren wird; weiterhin begrüße ich die Referentinnen und Referenten der Konferenz, dies sind Jörn Wunderlich, Mitglied der Fraktion DIE LINKE. des Deutschen Bundestages, Simone Luedtke, einzige LINKE Oberbürgermeisterin in Sachsen aus der Großen Kreisstadt Borna, sowie meine Landtagskollegin Susanne Schaper, die neben ihrem Landtagsmandat den Vorsitz einer LINKEN Großstadtfraktion innehat und deshalb heute vor allem als leidenschaftliche Chemnitzerin sprechen wird.

Besonders begrüßen möchte ich auch die Mitglieder der Landes-arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren der Partei

DIE LINKE.Sachsen. Immer wieder bringt Ihr Euch nicht nur aktiv inhaltlich in die Vorbereitung der Landessenioren*innen-Konferenzen ein, sondern leistet auch organisatorisch einen großen Beitrag. Dafür danke ich Euch. Stellvertretend für alle nenne ich hier Heidemarie Lüth. Ich denke, viele von Euch und auch Du, Heidi, seid deutliche Beweise dafür, dass politische Aktivität auch im Alter fit hält, zumindest im Kopf, weil der dadurch zusätzliche Arbeit bekommt. Ja, und wir Berufstätigen lernen daraus, dass Ruhestand alles andere als ein Ruhekissen sein sollte und auch nicht ist.

Zu guter Letzt möchte ich noch sehr herzlich meinen Kollegen Horst Wehner begrüßen, der trotz der hohen terminlichen Ansprüche als Vizepräsident des Sächsischen Landtages die Zeit findet, seine Funktion als senioren- und behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion auszufüllen, und in dieser Rolle einen großen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz hat. Vielen Dank dafür!

Werte Gäste,

das Thema des Siebten Altenberichtes der Bundesregierung lautet »Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften«. Wie schon die Überschrift ausdrückt, ging es vor allem um die politischen Aufgaben und Handlungsspielräume in Städten, Gemeinden und Landkreisen, um die Lebensbedingungen für ältere Menschen so zu gestalten, dass gesellschaftliche Teilhabe und selbstbestimmte Lebensführung – soweit und solange es nur geht – zu jeder Zeit und an jedem Ort gewährleistet sind und bleiben.

Ohne Zweifel haben dabei die Kommunen eine besondere Verantwortung, denn die dort jeweils lebenden Menschen bewerten ihre Lebensqualität an der Verfügbarkeit der Angebote öffentlicher Daseinsvorsorge in ihrem alltäglichen Lebensumfeld. Insbesondere ältere Menschen wollen z. B. die Einkaufsmöglichkeiten, die Arztpraxis oder den gemeinschaftlichen Treff in ihrer Nähe, weil das Voraussetzungen sind, um nicht nur individuell den Alltag zu meis-

tern, sondern um am Leben des Stadtviertels oder der Gemeinde tatsächlich teilnehmen zu können.

In den Kommunen haben zudem die Verwaltungen die größte räumliche Nähe zu den Einwohnerinnen und Einwohnern. Das versetzt sie – sofern gewollt – in die Lage zu erfahren, was nötig ist, was gebraucht wird und wo Probleme und Hemmnisse bestehen. Passende Angebote der Daseinsvorsorge sind für Ältere fast noch wichtiger als für Jüngere, denn gewöhnlich sind sie weniger mobil oder wollen es auch nicht sein. Das Auswandern an einen – in Anführungsstrichen – »besseren« Lebensort ist für sie keine Option. Demzufolge haben die lokalen und regionalen Lebensbedingungen eine zusätzlich herausgehobene Bedeutung. Deshalb begrüße ich es, dass der Siebte Altenbericht durch die Themenwahl nicht nur einen Kernbereich politischer Verantwortung und Steuerung aufgreift, sondern auch unterstreicht, dass das Bemühen um die Gewährleistung guter Lebensverhältnisse in allen Landesteilen für ältere Menschen von besonderem Gewicht ist. Fakt ist, dass dieses Bemühen je nach den örtlichen Gegebenheiten sehr unterschiedlich aussehen kann und muss. So verlaufen z. B. die demografischen Entwicklungen auch in Sachsen örtlich und regional sehr unterschiedlich. Das macht die Sache nicht leichter, aber die Autorinnen und Autoren des Siebten Altenberichtes haben sich diesen Unterschieden und Schwierigkeiten gestellt. Sie haben sie faktisch in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Das begrüße ich und möchte darauf kurz eingehen:

Grundlegend war, dass nach dem so genannten Lebenslagenkonzept vorgegangen wurde. Es wurde untersucht, wie z. B. die Infrastrukturen für welche Lebenslagen und Lebensumstände ausgestaltet sein müssen, um für ältere Menschen in ihrer Differenziertheit die besten Voraussetzungen zu bieten. Darüber hinaus ist es nach meiner Auffassung sehr anzuerkennen, dass im Bericht die Ungleichheiten innerhalb der Menschen in einer alternden Gesellschaft ebenso stark beachtet wurden, wie auf die regionalen Disparitäten eingegangen wurde. Ich denke, es ist z. B. viel

zu selten der Fall, dass soziale Merkmale, die zu unterschiedlichen Teilhabechancen führen, in einem Bericht besonders in den Focus genommen sind. Hier sind es unter anderen die Merkmale Geschlecht, Migrationshintergrund, Behinderung oder gleichgeschlechtliche Liebe. Das ist bemerkenswert und ich meine, es setzt nicht nur Maßstäbe für eine differenzierte Altenpolitik in allen Bereichen der Daseinsvorsorge, sondern auch für ein ähnliches Vorgehen bei anderen Altersgruppen der Gesellschaft. Dies meine ich nicht nur auf die Kommunen bezogen, sondern es trifft auf die Bundespolitik, die Landespolitik, die örtliche Politik genauso zu wie auf die Politik meiner eigenen Fraktion. Da gibt es auf allen Ebenen und in allen Bereichen noch viel Nachholbedarf, um im Denken endlich vom nicht vorhandenen Normalbürger wegzukommen.

Liebe Gäste,
die heutige Konferenz ist Bestandteil unserer umfangreichen inner- und außerparlamentarischen seniorenpolitischen Fraktionsarbeit. Besondere Aktivitäten waren dabei die Veröffentlichung der seniorenpolitischen Standpunkte im vergangenen Jahr oder die Landessenioren*innen-Konferenz vor eineinhalb Jahren. Die Konferenz 2015 stand unter dem Thema »Altersbilder, so differenziert wie das Leben«. Schon damals wurde festgestellt und es ist inzwischen auch noch mehr zu spüren, dass weitaus mehr Menschen als noch vor wenigen Jahrzehnten nicht nur bedeutend älter werden, sondern auch körperlich und geistig vergleichsweise jünger bleiben. Das ist in mehrfacher Hinsicht erfreulich, zunächst einmal für Jede und Jeden selbst, aber auch für die Gesellschaft, weil dadurch viel mehr gegenseitige Unterstützung innerhalb der Altersgruppe gegeben werden kann und weil die aktive Beteiligung in öffentlichen Bereichen und am öffentlichen Leben auch oft noch lange nach dem Eintritt in das Rentenalter möglich ist. Wie eingangs schon gesagt, brauchen wir diese Aktivitäten, denn es ist und bleibt viel Arbeit, bei der »sehr dicke Bretter gebohrt« werden müssen.

Für die Auseinandersetzung mit dem Siebten Altenbericht der Bundesregierung kann die heutige Konferenz deshalb letztlich nur der Anfang eines weiteren Abschnittes in der Fraktionsarbeit bedeuten, allein schon deshalb, weil die Kommunen ihrer Schlüsselrolle in der Politik für ältere Menschen nur dann gerecht werden können, wenn in Bund und Land die notwendigen rechtlichen, hoheitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Für deren Zustandekommen trägt selbstverständlich auch die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag große Verantwortung. An vielen Stellen können wir da auf Anregungen aus dem Siebten Altenbericht zurückgreifen, aber zudem werden wir dazu die konkreten Informationen und Diskussionen der heutigen Veranstaltung nutzen können. In diesem Sinne freue ich mich auf Ihre und Eure Beiträge und wünsche uns allen einen interessanten und Handlungen anregenden Tag.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!

Grußwort – Andreas Salzwedel, stellvertretender Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Glauchau

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich darf Sie alle sehr herzlich im Auftrag unseres Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Peter Dresler, zu Ihrer Landesseniorenkonferenz in der Stadt Glauchau begrüßen.

Ein herzliches Willkommen sage ich Herrn Rico Gebhardt, dem Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag und Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Herrn Horst Wehner, dem 2. Vizepräsidenten des Sächsischen Landtages, der hier in Glauchau seit 2004 sein Bürgerbüro im Ratshof hat, Herrn Bundestagsabgeordneten, Jörn Wunderlich, dem familienpolitischen Sprecher seiner Fraktion, Frau Landtagsabgeordneten Susanne Schaper, Frau Kollegin Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin der Stadt Borna, und Frau Elke Köhler, der Seniorenbeauftragten der Stadt Glauchau.

In dieser Woche fand am 5. April der Bundesweite Tag der älteren Generation statt und wenn in Sachsen mittlerweile eine Million Bürgerinnen und Bürger 65 Jahre und älter sind, gibt es also nicht nur einen aktuellen Anlass über das Älterwerden in der Gesellschaft zu reden, sondern vor allem über die Aufgaben, die in den unterschiedlichsten Bereichen von Gesellschaft, Staat und Politik damit verbunden und zu lösen sind.

Bevor ich dazu aus unserer Sicht ein paar Anmerkungen mache, möchte ich ihnen aber zuerst kurz die Stadt Glauchau vorstellen.

Die Stadt Glauchau liegt in an der Zwickauer Mulde und ist mit ihren rund 23.000 Einwohnern heute ein attraktives und modernes Mittelzentrum mit überregionaler Bedeutung für Kultur und Wirtschaft.

Ende 2015 gab es ca. 11.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, davon 37 % im produzierenden Gewerbe (Automobilbau, Maschinen- und Anlagenbau, Baugewerbe) und 63 % im Dienstleistungssektor (Klinikum Glauchau, Staatliche Studienakademie). Die Stadt selbst hat vier kommunale Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH.

Es gibt 14 Kindertagesstätten, fünf Grundschulen – davon eine private, zwei Oberschulen und ein Gymnasium.

Bis auf eine Grundschule wurden bzw. werden alle Einrichtungen saniert oder auch neu gebaut (Gymnasium 11,5 Mio. Euro). Die letzte Schule wird 2019 fertig gestellt sein.

Es gibt vier Berufliche Schulzentren bzw. Fachschulen, darunter ein für ganz Sachsen tätiges, überbetriebliches Ausbildungszentrum der Bauwirtschaft.

Die Doppelschlossanlage Hinter- und Forderglauchau mit seinem Museum, der Kreismusikschule und der Kreisbibliothek, das Stadttheater, die Georgenkirche mit ihrer Silbermannorgel und die Natur- und Landschaftsschutzgebiete Stausee und Rümpfwald machen Glauchau zu einer lebenswerten Stadt.

Es gibt fünf Pflegeeinrichtungen in der Stadt, darunter eine Städtische Altenheim gGmbH mit einem Pflegezentrum für Demenzpatienten und einem Pflegehotel in dessen Multifunktionsraum wir uns hier befinden.

Wir haben also viel Potential und vieles wurde auch in den letzten Jahren neu geschaffen.

Trotzdem gibt es eine Vielzahl von Problemen, denen wir uns immer wieder neu stellen müssen und – ich will das ausdrücklich betonen – die wir auch nicht an irgendjemand »weiterdelegieren« können.

Wenn man in der Kommunalpolitik tätig ist, dann hat man die Bürgerin oder den Bürger mit seinem Anliegen immer vor oder hinter sich und das Ergebnis der Arbeit ist meist unmittelbar sichtbar. Ein Ausweichen geht eigentlich nicht. Dass zunehmend mehr Aufgaben auf die Landkreise und Gemeinden übertragen werden, ohne dass

die finanziellen Mittel dafür angemessen erhöht werden, lässt immer weniger Spielraum für die sogenannten freiwilligen Aufgaben zu. Hinzu kommt, dass die eigene Wirtschaftskraft nicht ausreicht. So weist unser Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 74,7 Mio. Euro an ordentlichen Erträgen und 73,4 Mio. Euro an ordentlichen Ausgaben aus, aber ca. 43 % der Mittel stammen aus Zuweisungen.

Große Sorge bereitet uns das zunehmende Auseinanderdriften der Lebensbedingungen und der Daseinsvorsorge zwischen den Ballungsräumen mit den Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz auf der einen Seite sowie den Mittelzentren und dem ländlichen Raum auf der anderen Seite. Und damit wären wir ja beim Thema Ihrer heutigen Konferenz.

Auch wir haben noch zu viele leerstehende Wohnungen, aber wir haben auch viel zu wenig altersgerechte und barrierefreie Wohnungen. Auch bei uns ist nicht mehr jeder Ort in der Region mit dem ÖPNV erreichbar und auch bei uns ziehen sich Krankenversicherungen, Banken und Sparkassen sowie staatliche Einrichtungen aus der Fläche zurück.

Dass besonders ältere Menschen von dieser Entwicklung betroffen sind und ein ganzes Stück Lebensqualität damit für sie verloren geht, wissen wir.

Wollen wir das ändern, dann müssen von der Kommune über den Freistaat bis zum Bund die Probleme ehrlich benannt werden und vor allem Programme entwickelt und Maßnahmen ergriffen werden, die uns in die Lage versetzen, vor Ort selbstbestimmt zu handeln. Seit 1994 hat die Stadt Glauchau eine Seniorenbeauftragte und seit 1999 einen Seniorenbeirat. Es würde weit über den Rahmen meines Grußwortes gehen, jetzt an dieser Stelle über diese Arbeit und unsere Erfahrungen zu sprechen. Das wird unsere Seniorenbeauftragte nachher noch tun.

Mit unserer wichtigsten Erfahrung möchte ich hier schließen – es geht nicht darum, Politik für die älteren Menschen zu machen, es

geht vor allem darum, mit den älteren Menschen Politik zu machen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, dass sie selbstbestimmt ihre Lebenserfahrung in die gesellschaftliche Entwicklung einbringen können – in ihrer Stadt und Gemeinde, ihrem Wohngebiet, ihrer Straße.

Vortrag: »Gleichwertige Lebensbedingungen für die ältere Generation in allen Regionen schaffen«, Jörn Wunderlich, MdB, seniorenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Der Siebte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik stellte in dieser Legislatur die Sorge und Mitverantwortung in der Kommune und damit den Aufbau und die Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften in den Mittelpunkt der Untersuchungen.

Welch schöner und interessanter Titel! Die Erwartungen waren groß. Frage ist: Wie wurde das Gesamtpaket den Erwartungen gerecht? Darüber lasst uns heute gemeinsam diskutieren.

Bekanntnisse zur Verbesserung der Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren erklingen insbesondere vor Wahlkämpfen häufig laut und vernehmbar. Danach sind sie kaum mehr zu hören. Zu Unrecht, sage ich. Denn Seniorenpolitik ist angesichts der demografischen und auch sozialen Entwicklung unserer Gesellschaft ein dringendes und wichtiges Thema. Als seniorenpolitischer Sprecher meiner Fraktion konnte ich mich in vielen Gesprächen auf Bundes-, aber auch auf Landesebene, und besonders in meinem Wahlkreis davon überzeugen, wie sehr die Lebensbedingungen vor Ort in den Kommunen und Städten die Qualität des Lebens im Alter beeinflussen. Erfreulich konnte ich feststellen: Wir werden zwar immer älter, aber bleiben trotzdem länger fit.

Die neue Generation der Seniorinnen und Senioren unterscheidet sich von ihren Vorgängergenerationen deutlich. Heute sind sie mobiler, sozial gut vernetzt, gesundheitlich und geistig fit und eine wichtige Stütze für die Familien und die Gesellschaft. Ausgeprägter Wunsch der älteren Menschen ist, ein selbstbestimmtes und aktives Leben so lange wie möglich aufrecht zu erhalten.

Auf dem Demografiepfel am 16. März in Berlin sprach man sich in diesem Zusammenhang im positiven und selbstbewussten Sinne zum Mut im Alter aus. Soll heißen: Älterwerden darf nicht missmutig stimmen, sondern man muss es einfach akzeptieren.

So wie Udo Jürgens einst sang:

Mit 66 Jahren, da fängt das Leben.

Mit 66 Jahren, da hat man Spaß daran.

Mit 66 Jahren, da kommt man erst in Schuss.

Mit 66 ist noch lange nicht Schluss.

Worauf will ich hinaus? Der Wandel in den gesellschaftlichen Umständen hat immer auch Einfluss auf die Lebensbedingungen, auf die Lebensqualität der Menschen. Nirgendwo zeigen sich die demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen so deutlich, wie in den Kommunen, dort, wo Menschen wohnen, arbeiten und zusammenleben. Ein Auseinanderdriften der Generationen können wir nur verhindern, wenn sich die Generationen begegnen, respektvoll miteinander umgehen, sich kennen lernen, mit all ihren Stärken und Schwächen. Jede Gelegenheit für einen Dialog nutzen! Neue lokale Netzwerke entwickeln, initiieren, fördern, knüpfen und fachlich begleiten. Das heißt für die Kommunen Wege und Möglichkeiten zu finden, gemeinsam mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement vor Ort, den Vereinen, Verbänden und der Kirche eine Infrastruktur zu schaffen, die eigenständiges und selbstbestimmtes Leben sichert. Dazu müssen aus meiner Sicht in den Kommunen integrative regionale seniorenpolitische Gesamtkonzepte entwickelt werden, die diese Anforderungen abbilden. Wir wissen, dass derartige Konzepte auf einer gründlichen, zielführenden Bestandsanalyse sowie auf Prognosen für zukünftige Herausforderungen der Kommunen basieren.

Diese umfassenden Veränderungen bedeuten für die Kommunen, ihre kommunale Seniorenpolitik neu zu orientieren und selbst zu gestalten. Das heißt auch, dass eine zukunftsfähige kommunale Seniorenpolitik und Seniorenarbeit mehr als nur eine Bedarfsfest-

stellung von ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen ist. Damit komme ich zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung und damit auch zum Umgang mit dem Bericht.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht, ich zitiere: »Zum Thema ‚Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften‘ wird eine Kommission von Sachverständigen unter breiter Beteiligung der Verbände und der Öffentlichkeit bis zum Frühjahr 2015 den Siebten Altenbericht erarbeiten.« -Zitatende-

Im Dezember 2015 wurde der Bericht der Bundesregierung nach heftigem Drängen der Opposition endlich vorgelegt. Über ein Jahr haben wir dann auf eine Stellungnahme der Bundesregierung warten müssen. Meine Besuchergruppe (im Sommer 2016), u. a. bestehend aus Mitgliedern des Seniorensprecherrates Sachsen, hatte gezielt um einen Termin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gebeten, um aktuelle Informationen zum Altenbericht zu bekommen. Weit gefehlt! Die Antwort war mäßig und stellte nicht zufrieden. Es war wohl eher peinlich. Im November 2016 wurde der Altenbericht dann auch endlich dem Bundestag und damit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegt. Beraten haben wir ihn deshalb noch lange nicht. Hier muss ich an ein altbekanntes Sprichwort denken: »Papier ist geduldig.« Es trifft wohl auf kaum ein anderes Papier so sehr zu, wie auf den Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD.

Laut diesem Papier wollten die Koalitionäre eigentlich viele wichtige Themen angehen und zur Verbesserung beitragen. Aber sie bleiben halt - wie so oft - in bloßen Ankündigungen stecken, denen dann nur halbherzige Taten folgen. So schicken sie z.B. sehenden Auges von Jahr zu Jahr immer mehr Menschen in die Altersarmut. Mit dieser verfehlten Alterssicherungspolitik ist die Altersarmut wieder in der Gesellschaft angekommen, bei den einen als Angst um die Zukunft, bei den anderen als heute schon spürbaren Mangel an Einkommen. Es tut sehr Not, immer wieder auf die mangelnde Seniorenpolitik (und nicht nur diese) der Bundesregierung im Zusammenspiel mit

den Landes- und Kommunalen Vertretungen hinzuweisen. Betrachtet man in diesem Zusammenhang z. B. die Tagesordnungen nicht nur des Bundestages, so wird man feststellen, dass richtige Seniorenthemen eher selten angesagt bzw. stiefmütterlich am Rande behandelt werden. In aller Regel wird die Seniorenpolitik mit Rente, Pflege und Gesundheit abgetan. Für uns als LINKE ist Seniorenpolitik aber mehr als das. Wir verstehen Seniorenpolitik als eine emanzipatorische Querschnittsaufgabe, die vom Sozialstaat und den Sozialversicherungssystemen getragen werden muss, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter fördert und unterstützt. Im Siebten Altenbericht werden die Kommunen aufgefordert, dazu passgenaue Strukturen seniorengerecht auszubauen und zu entwickeln, um den älteren Menschen attraktive Lebensumfelder und Rahmenbedingungen für die Gewährleistung von Individualität, Selbstbestimmung und Lebensqualität zu bieten. Viele dieser Verbesserungen kommen letztendlich allen in der Kommune zugute und tragen so gleichzeitig zu mehr Familienfreundlichkeit bei. Die zunehmende soziale und regionale Ungleichheit in den Kommunen wird so zu einer zentralen Herausforderung für die Seniorenpolitik und braucht dringend lokale Lösungen.

Dazu fordern die Sachverständigen in ihren Handlungsempfehlungen Bund und Länder auf, den Kommunen mehr Mitbestimmung einzuräumen. So empfehlen sie die Finanzhoheit in diesem Lande vom Kopf auf die Füße zu stellen, die Unterstützung von informellen Hilfsnetzwerken aus Familien, Freunden und Nachbarn, die Förderung ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen sowie die verbesserte Beratung für pflegende Angehörige.

Apropos - Förderung des ehrenamtlichen Engagements: Wir müssen aufpassen, dass bei allem Respekt für das ehrenamtliche Engagement und dem Bedürfnis der älteren Menschen nach aktiver Beteiligung am gesellschaftlichen Leben dieses nicht als Ausfallbürge für angeblich nicht finanzierbare staatliche Aufgaben erhalten und so letztlich Seniorinnen und Senioren der Ausgleich für klamme Kassen sein sollen.

An dieser Stelle auch noch ein Wort zur Pflege. Wir wollen allen Betroffenen eine humane Pflege garantieren. Menschen mit einer erheblich eingeschränkten Alltagskompetenz müssen angemessen in der Pflegeabsicherung berücksichtigt werden. Wenn rund 71 Prozent der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren zu Hause versorgt werden wollen, dann muss die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bedarfsgerechter und damit wesentlich besser ausgestaltet werden. Vor allem muss eine »gengerechte Verteilung von Sorgearbeit« erfolgen, da die mit der Pflege von Angehörigen verbundenen beruflichen Auszeiten zu geringeren Rentenansprüchen insbesondere bei Frauen führen. Das müssen wir ändern und zwar dringend.

Von besonderer Bedeutung für eine selbständige Lebensführung sind außerdem bezahlbare und altersgerechte Wohnungen, die mit Serviceleistungen verbunden sein müssen. Nicht zu vergessen, die barrierefreien Zugänge (auch abgesenkte Fußsteige), Teilhabemöglichkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung, Verkehrsverbindungen

Weiter zum Altenbericht und den Reaktionen aus den Verbänden: Zunächst zur BAGSO, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Sie begrüßt die Positionen der Sachverständigen und schließt sich der Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht an, in der es heißt, dass – Zitat: » ... starke, handlungsfähige Kommunen von zentraler Bedeutung sind, um im demografischen Wandel die Politik für ältere und mit älteren Menschen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln.« –Zitatende–. Kritisch analysieren sie den Altenbericht und die Stellungnahme der Bundesregierung. Die BAGSO erwartet konkrete Abhilfe der aufgezeigten Schwachstellen.

Nun zur Stellungnahme der Bundesregierung: Auch sie formuliert in ihrem Bericht, dass es auf strukturelle, inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen ankommt und darauf, die »sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Kommunen in Deutschland« zu beachten. Betroffen sind alle wichtigen Lebensbereiche und die Lebensqualität

des Miteinanders aller Generationen vor Ort – Wohnen, Wohnumfeld und Daseinsvorsorge, medizinische, pflegerische und betreuende Versorgung, Selbstbestimmung, Bildung und Information, Mobilität und soziale Kontakte.

Ich denke, es findet auf jeden Fall Unterstützung, wenn ich sage, diese wichtigen Erkenntnisse endlich zu nutzen und mit einer ziel-führenden Umsetzung zügig in den kommunalen Strukturen zu be-ginnen.

Wir lassen keine Verzögerungen mehr zu. Lasst endlich den Worten Taten folgen!

Woran müsste aus unserer Sicht gedacht werden? Strategisch ge-sehen wäre eine weit vorausschauende Haushaltspolitik und eine komplette Neuverteilung der staatlichen Finanzen von Nöten. Um den zukünftigen Aufgaben auch in der Seniorenpolitik gerecht zu werden, brauchen insbesondere die Kommunen finanzielle Stabi-lität und Planungssicherheit. Die derzeitige Schieflage der Finanz-ausstattung im föderalen System muss langfristig überwunden werden. Qualitative Versorgungssicherheit darf nicht durch finanzia-elle Argumente in Frage gestellt werden. Scheinbarer oder tatsäch-licher Geldmangel ist sehr häufig das entscheidende Totschlagar-gument für die Streichung von Leistungen und gegen Bemühungen der Aufrechterhaltung sozialer Standards. Viele Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland leiden unter dieser chronischen Un-terfinanzierung und sie führt in beinahe allen Regionen des Landes dazu, dass etliche Kommunen die Verhältnisse vor Ort nicht mehr aktiv gestalten können. Ihre Handlungsfähigkeit ist stark einge-schränkt und oftmals wird nur noch der Mangel verwaltet. Einige Kommunen können nicht einmal mehr ihren pflichtigen Selbstver-waltungsaufgaben nachkommen. Eine zunehmende strukturelle Überforderung vieler Kommunen zeigt sich nicht zuletzt in dem An-stieg der in Anspruch genommenen Kredite. Lagen diese 1992 noch bei 1,4 Milliarden Euro, waren es Anfang 2015 schon über 51 Mil-liarden Euro, wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau 2016 ermit-telte. 2020 werden Kredite von über 70 Milliarden Euro erwartet.

Kredite werden längst nicht mehr als kurzfristige Finanzierungshilfe genutzt, sondern sind zum Bestandteil der Finanzierung laufender Ausgaben geworden.

Die Maßnahmen der Bundesregierung, um den Kommunen bei der Lösung dieser Probleme zu helfen, bleiben weiterhin hinter ihren Möglichkeiten zurück. Eine Möglichkeit, die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern, wäre eine gezielte Förderung von wirtschaftlicher Betätigung durch den Abbau von Einschränkungen zu Gunsten der öffentlichen Hand und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer. Dies können nur die Bundes- und Landesgesetzgeber bestimmen.

Eine Vielzahl von Kommunen kann sich die Eigenanteile nicht leisten, um für nötige und allein kaum finanzierbare Investitionen Fördermittel zu bekommen. Darunter leidet vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge, aber auch die wirtschaftliche Standortentwicklung. Dies hat zur Folge, dass ärmere Kommunen - langfristig gesehen - immer ärmer werden. Die Spaltung der kommunalen Familie in arm und reich wird dadurch massiv vorangetrieben. Der Investitionsstau in den Kommunen lag laut Angaben des Städte- und Gemeindebundes alleine 2016 bei 136 Milliarden Euro. In ärmeren Kommunen kann dieser nicht aufgehalten und in finanziell stärkeren Kommunen kaum abgebaut werden.

An der Stelle muss ich Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung nur zustimmen, wenn er sagt, ich zitiere: »Nicht nur, dass unter dem Mantel haushaltspolitischer Zwänge der Sozialstaat als solcher demontiert wird ..., werden bestimmte gesellschaftliche Leitbilder letztlich über Haushalt durchgesetzt und reproduziert. ... Sind es doch gerade haushaltspolitische bzw. haushalterische Argumente, die oft wie ein Riegel vor der Realisierung von Vorschlägen zur Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen ... entwickelt werden. Das demotiviert, verhindert sinnvolle Entwicklungen und stärkt Ohnmachtgefühle und Politikverdrossenheit.« -Zitatende- Das heißt, es muss zukünftig, ich verwies bereits darauf, um anspruchsvolle und zielführende Projekte in den Bereichen der Städ-

tebau-, der Bildungs-, der Gesundheits-, der Sozial- und – zwingend auch – der Finanzpolitik gehen. Eine wichtige Unterscheidung bei der Beschreibung regionaler Vielfalt ist die Differenzierung von städtischem und ländlichem Raum. So gibt es, und der Altenbericht verweist darauf, erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich, Wohlstand, Infrastrukturausstattung und Bevölkerungszusammensetzung.

Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen auch in dünn besiedelten Gebieten zur Verfügung stehen.

Die Gestaltungskraft der Kommunen könnte bei angemessener Verteilung vorhandener Finanzen und Ressourcen sowie nachhaltigem, sozial gerechtem Handeln der politisch Verantwortlichen gemeistert werden.

Erfolgversprechende Potenziale sind vorhanden. Die aus unserer Sicht und aus der Sicht der Sachverständigen aufgezeigten wichtigen Handlungsansätze und Empfehlungen müssen jetzt greifen.

Dazu bedarf es eines politischen Willens, weil für den Erfolg einer emanzipatorischen Seniorenpolitik engagierte Menschen entscheidend sind. Von ihrem Interesse, ihrem Engagement, ihrer Kompetenz und ihrer Kommunikationsfähigkeit hängt das Gelingen einer neu aufgestellten Seniorenpolitik, wie im Altenbericht empfohlen, ab. Kurz: Ohne Begeisterung wird sich wenig bewegen. Es werden immer Menschen gebraucht, die bereit sind, Verantwortung füreinander zu übernehmen. In einem vertrauensvollem Zusammenspiel der kommunalen Verwaltungsstrukturen mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern kann eine aktive Seniorenpolitik mit neuen Ansprüchen gelingen.

Vortrag: »Alternde Gesellschaft in Kommunen des ländlichen Raumes gemeinschaftlich gestalten«, Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Borna

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
herzlichen Dank für die Einladung und die damit verbundene Möglichkeit, Ihnen und Euch meine Sichtweise, als Oberbürgermeisterin der Großen Kreisstadt Borna, eines Mittelzentrums im ländlichen Raum hier in Sachsen, vorzustellen zu dürfen.

Das Altern unserer Gesellschaft ist eine, wenn nicht die zentrale Herausforderung der vergangenen beiden Jahrzehnte – und natürlich unser aller Zukunft, der wir uns stellen müssen. Es ist also nichts Neues und kommt nicht über uns, wie ein Naturereignis. Aber zunehmend wird es immer schwieriger, unseren Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit zur Teilhabe am öffentlichen Leben zu sichern. Deswegen ist es an uns, neue, vor allem auch innovative Wege zu finden, das Zusammenleben der Generationen in unserem Land zu gestalten. Ich verwende an dieser Stelle bewusst die aktive Vokabel – gestalten – denn Gesellschaften sind beileibe kein Selbstläufer. Was geschieht, wenn Gemeinschaften und Gesellschaften ohne aktiven Gestaltungswillen sich selbst überlassen werden, könnte an zahlreichen Beispielen – auch unmittelbar vor unserer eigenen Haustür – deutlich gemacht werden.

Doch dies ist nicht mein Ziel. Vielmehr möchte ich an dieser Stelle meine persönliche, kurze Bestandaufnahme wiedergeben sowie einige Lösungsansätze und Ideen zur Diskussion stellen.

Dass die Thematik von eminenter Relevanz ist, zeigt schon ein Blick auf die Landkarte: Das Bundesland Sachsen ist mit einer Fläche von 83 % zum übergroßen Teil ländlich geprägt. In diesen Regio-

nen leben zwei Drittel der Gesamtbevölkerung des Freistaates. Und dass die Menschen in Sachsen und darüber hinaus immer älter werden und sich die Bevölkerungspyramide, als solche kaum noch erkennbar, längst verschoben hat, ist auch schon lange kein Geheimnis mehr, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Tatsache, dass unsere Seniorinnen und Senioren solange wie möglich zu Hause alt werden und ihr Leben solange wie möglich selbstständig gestalten wollen. 90 % aller über 65-Jährigen wohnen in den eigenen vier Wänden. Diese sind in den seltensten Fällen altersgerecht ausgestaltet, laut einer Umfrage gaben nur 5,2 % der Befragten an, in einer barrierefreien Wohnung zu leben.

Gelingendes Wohnen im Alter ist jedoch viel mehr als die Barrierefreiheit der eigenen vier Wände. Es umfasst die altersgerechte Gestaltung des Wohnumfeldes, die Verfügbarkeit von Angeboten sozialer und pflegerischer Unterstützung, die Erreichbarkeit von Gesundheits-, Versorgungs- und Kultureinrichtungen im Nahbereich und ein wertschätzendes, integrierendes gesellschaftliches Umfeld. Soviel zur Idealsituation. Wie aber ist die Realität, der ich mich zu stellen habe?

Kommunen im ländlichen Raum sehen sich in der Vergangenheit und auch zukünftig zwei zentralen Herausforderungen gegenübergestellt, die auch in meiner Stadt beispielhaft nebeneinander stehen: Das ist einerseits eine mangelnde Mobilität älterer Generationen, die in einem dörflichen Umfeld leben; andererseits ein starker Zuzug älterer Generationen in die städtischen Zentren, aufgrund einer deutlich besseren Versorgungslage in allen Bereichen des täglichen Bedarfes. In meiner Stadt sind unsere Ortsteile vor allem durch den ersten Aspekt gekennzeichnet – die Kernstadt ist vom zweiten zunehmend betroffen. Um diese vielschichtigen Herausforderungen zu differenzieren, möchte ich meinen Blick zuerst auf die dörflichen Gebiete lenken, in denen eben die mangelnde Mobilität der älteren Generationen zunehmend zum Problem wird. Sie merken sicherlich, dass von einer altersgerechten Gestaltung

des Umfeldes schon keine Rede mehr ist, weil ganz realistisch, dies durch eine Kommune allein nicht geschafft werden kann. Es ist paradox: Gerade dort, wo der Anteil der älteren Menschen stetig steigt, verschlechtern sich Versorgungslagen, kommunale Handlungsspielräume und die sozialen Hilfspotentiale. Gerade in diesem Lebensumfeld sind viele ältere Menschen auf Hilfe und Unterstützung angewiesen, die jedoch ihren Erfordernissen entsprechend auch verfügbar sein muss. Andernfalls ist das Leben im dörflichen Umfeld mit teilweise unüberwindbaren Hürden verbunden. In Anbetracht dieser schlechten Rahmenbedingungen ist das Engerrücken, der soziale Zusammenhalt vielerorts der einzige Kitt, der eine gewisse Lebensqualität bietet und das Älterwerden in vertrauter Umgebung sichern kann. Eigentlich ist das ein unhaltbarer Zustand. Was also kann ich als Kommune unter den derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen tun?

Unsere besondere Aufmerksamkeit muss zum einen langfristig auf dem Thema eines flächendeckenden ÖPNV oder machbarer Alternativen liegen, da dieser die Mobilität und damit die Attraktivität eines dörflichen Umfeldes deutlich stärken kann. Selbstverständlich steht hier das große Problem der Wirtschaftlichkeit für den Anbieter und die Frage nach der Auslastung von solchen Linienfahrten, die aufgrund der dörflichen Strukturen in Ortsteilen oft schwierig ist. Es lohnt sich aus Sicht des Unternehmens schlichtweg nicht, wegen einer Handvoll Personen eine Buslinie mehrmals täglich verkehren zu lassen – auch wenn diese Personen das Angebot mit verlässlicher Regelmäßigkeit nutzen. Praktikable Lösungen bieten aus meiner Sicht an dieser Stelle nur die bewusste und politisch gewollte Subventionierung solcher Angebote oder die aktive Förderung bürgerschaftlichen Engagements über die Organisation von Mitfahrgelegenheiten, Ruf-Bussen oder ähnlichem. Dort wo entsprechende familiäre Strukturen fehlen, müssen Alternativen gefunden werden.

Andernfalls ist die Folge eine immer stärkere Abwanderung – besonders der älteren Generationen – in die städtischen Zentren.

Statistiken demonstrieren anschaulich, dass dieser Prozess bereits im vollen Gange ist. In Ortsteilen meiner Stadt leben beispielsweise im Verhältnis deutlich weniger Seniorinnen und Senioren, als in der Kernstadt Bornas. Macht ihr Anteil in der Stadt rund 21 % an der Gesamtbevölkerung aus, liegt er in den Ortsteilen mit 15 % deutlich darunter. Kämen nicht diese Wanderung hemmenden Faktoren, wie z. B. eine starke, ganz persönliche Verbundenheit zum Wohnort und zum gewohnten Lebensumfeld dazu, wäre dieser Effekt sicherlich noch viel deutlicher ausgeprägt. Diese Landflucht älterer Generationen kann wiederum aufgrund der bestehenden Altersstruktur und dem damit einhergehenden Bevölkerungsschwund zu einer Schwächung der dörflichen Strukturen führen, was sich in einem verminderten gesellschaftlichen Angebot niederschlägt. Im schlimmsten Fall führt dieser Prozess zu einem Aussterben gesamter Ortschaften. Unter diesen Vorzeichen können bspw. kleinere Ortsfeuerwehren oder Vereine langfristig nur schwer überleben, denn wo der Nachwuchs fehlt, ist die Zukunft mehr als ungewiss.

Ein Lösungsansatz kann die Schaffung von Kontaktmöglichkeiten im ländlichen Raum, über die Generationen hinweg, sein, die die Wahrnehmung und das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gemeinschaft nachhaltig fördern. Daraus erwachsen möglicherweise wiederum gegenseitige Unterstützungsangebote – im Idealfall auch über familiäre Strukturen hinaus. Gerade dieser Aspekt wird zukünftig immer mehr an Gewicht gewinnen, da sich z.B. durch berufsbedingte Wanderungsbewegungen die langfristige Verfügbarkeit familiärer Strukturen im Alter deutlich verschlechtert.

Einen zweiten Lösungsansatz sehe ich in der Schaffung von altersgerechten Wohnungen vor Ort. Die Nachfrage dazu ist groß, es kommt darauf an, Investoren zu solch einer Investition zu bewegen. Einen weiteren Lösungsansatz habe ich in Mecklenburg-Vorpommern kennengelernt. Dort gibt es in Bollwick eine »Eigenheimsiedlung 55+«. Natürlich ist bei diesem ausschließlich privat finanzierten Bauprojekt ausreichend eigenes Kapital, um ein Eigenheim zu errichten, sowie 20.000 Euro Kostenbeteiligung für ein »Mehrge-

nerationenhaus« der Siedlung eine für viele nicht zu überwindende Hürde. Wenn sich durch die entsprechende Steuerung solch positive Anreize setzen ließen, wäre die Folge vor allem die Möglichkeit, auch im hohen Alter seinen Lebensmittelpunkt nicht aufgrund von einer defizitären Versorgungslage von dörflichen Regionen in die Stadt verlegen zu müssen.

Eine gesunde dörfliche Gemeinschaft bietet Perspektiven auch für die jüngeren Generationen und kann ihre Attraktivität weithin ausstrahlen, sodass die bestehenden Strukturen nicht mehr Gefahr laufen, auszusterben.

Dem gegenüber steht die zweite zentrale Herausforderung - der starke Zuzug älterer Generationen in die städtischen Zentren aufgrund der besseren Versorgungslage. Diese erfordert kluge Handlungsstrategien, um der verstärkten und vor allem punktuellen Alterung einzelner Quartiere und Stadtviertel aktiv entgegenzuwirken. Wieder beispielhaft an der Stadt Borna kann ich festmachen, dass die Gruppe der Personen im Alter von 70+ mit rund 20 % - die gesamte Stadt inklusive der Ortsteile betrachtet - seit Jahren die Größte ist. Die Personen dieser Bevölkerungsgruppe machen auch einen beträchtlichen Anteil der Zuzüge aus, was in erster Linie auf die Versorgungssicherheit des Mittelzentrums und die kurzen Wege zu Einrichtungen des täglichen Bedarfs zurückzuführen ist, eben alles das, was heutzutage leider auf dem Dorf schlichtweg fehlt. Eine sehr gute medizinische Versorgung ist ein wichtiger Standortfaktor für jede Kommune, der aber auch zu einem vermehrten Zuzug der älteren Generation führt. Wir sind da mit unserem SANA-Klinikum sehr gut aufgestellt. Die räumliche Nähe in der Stadt kann hierbei - zumindest teilweise - fehlende Hilfen, vor allem aus dem familiären und sozialen Umfeld, kompensieren. Ältere Menschen können im städtischen Umfeld länger selbstständig ihr Leben und ihren Alltag gestalten.

Reinweg wirtschaftlich betrachtet, wirkt sich die gestiegene Nachfrage unmittelbar auf das Angebot an altersgerechtem Wohnraum

in der Stadt aus. In den letzten Jahren ist eine verstärkte Aktivität von Wohnungsgesellschaften und privaten Wohnungsvermietern in diesem Sektor zu beobachten. Wohnraum wird barrierefrei umgebaut und Einrichtungen des betreuten Wohnens oder mit Unterstützungsangeboten für ältere Menschen entstehen vermehrt neu. Dabei liegt der Fokus der Vermieter häufig – zumindest aus meinem Blickwinkel betrachtet – bedauerlicherweise ausschließlich auf dem Thema altersgerechten Wohnens. Die zahlreichen Vorteile generationenübergreifender Wohnprojekte werden dabei leider häufig vernachlässigt. Derartige Ansätze könnten sich jedoch wiederum positiv auf das soziale Wohnumfeld und die Generationengerechtigkeit einer Stadt auswirken. Kommunikation und gegenseitige Unterstützung sind eine wichtige Basis einer Stadtgesellschaft – beides würde durch »Mehrgenerationenwohnen« nachhaltig unterstützt. Dies könnte frei nach dem Modell des Mehrgenerationenhauses, wie es bis Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem im dörflichen Gebieten üblich war, funktionieren. Dabei muss jedoch nicht mehr die familiäre Zusammengehörigkeit der Grund für wechselseitige Unterstützungsangebote sein, sondern dieses könnte in entsprechenden Wohnsituationen weit darüber hinaus gefördert werden. Verschiedene Generationen haben verschiedene Angebote, die sich unter einem Dach sehr gut ergänzen könnten. Zum Beispiel kann die ältere Generation aufgrund von Zeitreserven bei der Kinderbetreuung unterstützen, wohingegen die berufstätige, mittlere Generation im Gegenzug bei Erledigungen des täglichen Bedarfes helfen kann. So können gegenseitige Verstärkungseffekte entstehen, die das gemeinsame Wohnen in mehreren Generationen zukünftig attraktiv machen können, natürlich immer die entsprechenden Rahmenbedingungen und die Bereitschaft der Bewohner vorausgesetzt.

Über die Stadt hinaus wären ähnliche Überlegungen im Rahmen entsprechender Konzepte und Fördermöglichkeiten eventuell auch in ländlich/dörflich geprägten Wohnumfeldern denkbar. Besonders

attraktiv machen derartige Projekte, die Verfügbarkeit und die geringeren Kosten für Wohnraum und die tatsächlich niedrigeren Immobilienpreise in dörflich geprägten Gebieten. Die notwendigen Strukturen wären dafür zu schaffen und müssten natürlich auch mit dem notwendigen finanziellen Rahmen untersetzt werden.

Die Frage, ob diese Mittel und Ziele, diese Vorteile und Synergien Anreiz genug bilden, vermag ich an dieser Stelle noch nicht zu sagen. Wenn wir aber einer weiteren Konzentration der Altersgruppen und damit einhergehenden Trennung der Generationen in unserer Gesellschaft begegnen wollen, werden wir um kreative Ideen und neue Modelle des Zusammenlebens nicht herumkommen. Das bringt letztendlich nicht nur auf der menschlichen Ebene neue Impulse, sondern auch die Kosten, die für z. B. für Fürsorge und Pflege in einer alternden Gesellschaft entstehen, können auf diese Weise wirksam reduziert werden.

Dass dies die Kommunen nicht allein stemmen können, erwähnte ich bereits. Hier könnte ein Investitionsprogramm, sagen wir mal, wie das derzeit laufende Förderprogramm »Brücken in die Zukunft« für Projekte im Bereich »Ländliches Wohnen im Alter« aufgelegt werden, verstanden als Anschub für Strukturinvestitionen, für die Schaffung pflegegerechter Wohnungen, Verbesserung der Infrastrukturdichte, Stärkung des ÖPNV-Netzes und für eine barrierearme Wohnungsanpassung, dann wäre der Anreiz für Genossenschaften oder private Investoren gegeben, in eben solche von mir genannten Projekte zu investieren. Damit aber solch ein Engagement in den verschiedenen Bausteinen des ländlichen Lebens und Wohnens im Alter feste Formen und Struktur annehmen kann und nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen wird, bedarf es Moderation, Wissensvermittlung und -austausch, organisatorischer Unterstützung sowie Bedarfs- und Potenzialanalysen als Hilfestellung. Auch deswegen sind Veranstaltungen – wie die heutige – hier so wichtig.

Weniger nebeneinander, mehr für- und miteinander sind die Schlagworte, die eine gesunde Gesellschaft in Zukunft charakterisieren sollten. Dies gibt es natürlich nicht umsonst, aber ich meine, es lohnt sich, dafür zu streiten und zu kämpfen!

Vortrag: »Lebensqualität in einer alternden Stadtgesellschaft erhalten und verbessern« Susanne Schaper, MdL, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Chemnitz

Was ist Lebensqualität? Laut dem Duden, ist sie die »durch bestimmte Annehmlichkeiten (wie saubere Umwelt, humane Arbeitsbedingungen, großzügiges Freizeitangebot) charakterisierte Qualität des Lebens, die zu individuellem Wohlbefinden führt.«

Wenn man die Menschen zu Lebensqualität befragt, geht es ganz konkret um Bildung, Berufschancen, sozialen Status, Gesundheit, Natur, Wohnen und Freizeit. Es geht darum, wie wohl ich mich in meiner Stadt, in meinem Umfeld fühle. Ist es mein Zuhause? Kümert man sich um meine Bedürfnisse?

Durch den demografischen Wandel stehen Städte und Kommunen vor der Herausforderung, den Bedürfnissen der alternden Stadtgesellschaft gerecht zu werden. So müssen wohnortnahe medizinische Versorgung, fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, barrierearmer Wohnraum und ein möglichst barrierefreier Öffentlicher Personennahverkehr gewährleistet werden. Denn wer älter wird, möchte dennoch möglichst lange in seiner Wohnung wohnen bleiben, möchte selbstständig einkaufen, mobil und unterwegs sein. Und das Wichtigste: Man möchte auch im Alter möglichst lange gesund bleiben, und falls doch mal etwas ist, den Arzt in der Nähe wissen. Oder kurz gesagt: Auch im Alter sollte es möglich sein, in Würde und selbstbestimmt leben zu können.

In Sachsen lebten 2015 insgesamt rund 4 Millionen Menschen. 25 Prozent von ihnen waren 65 Jahre und älter. Von den über eine Million über 65-Jährigen waren rund 250.000 Menschen zwischen 70 und 75 Jahre alt und über die Hälfte, nämlich 550.151 älter als 75 Jahre. In den drei Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig lebten 300.000 Menschen in einem Alter von über 65 Jahren. Von ihnen waren ebenfalls mit 160.820 mehr als die Hälfte älter als 75 Jahre. Deshalb ist die Frage, wie man die Lebensqualität in einer alternden Stadtgesellschaft erhalten und verbessern kann, von enormer Bedeutung.

Von einem flächendeckenden barrierefreien Wohnraum können wir nur träumen, auch wenn es viele Probleme lösen würde. Die Menschen würden sich schon mit ausreichend barrierearmem Wohnraum zufrieden geben. Ziel muss es sein, dass die Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden leben können. Immer mehr Wohnungsgenossenschaften bauen deshalb bestehenden Wohnraum um, gestalten ganze Quartiere und Viertel neu. Der Umbau kostet die privaten Vermieter, Genossenschaften und Wohnungsgesellschaften viel Geld für Nachrüsten mit Fahrstühlen, Änderungen von Grundrissen, Herabsenken von Schwellen und Umbau der Bäder. Doch wer trägt die Kosten? Diese auf die Mieter umzulegen, wäre unsozial und für viele ältere Menschen kaum machbar. Hier braucht es finanzielle Unterstützung. Zwar hat die Staatsregierung angekündigt, den altersgerechten Wohnungsbau mit insgesamt 15 Millionen Euro zu fördern. Doch auf ganz Sachsen gerechnet ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch Krankenkassen sollten ein Interesse daran haben, wenn gerade Menschen mit leichten Pflegegraden zu Hause wohnen bleiben und sich deshalb finanziell an notwendigen Umbaumaßnahmen beteiligen. Das sollte auch für Familien mit Eigenheimen, die im Erdgeschoss eine Einliegerwohnung für ihre Eltern einrichten, in Betracht gezogen werden. Denn barrierearmer Wohnraum ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen, von welcher schließlich auch jeder profitiert und das unabhängig vom Alter.

Je länger ältere Menschen in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben können, desto später müssen teure Pflegeheimplätze finanziert werden. Wenn Familien wieder näher zusammen ziehen, hat es auch den Vorteil, dass sie mit ihren Liebsten engeren Kontakt haben können. Gerade heutzutage, wo Flexibilität im Beruf von jedermann gefordert wird, profitieren Eltern davon, wenn die Großeltern im eigenen Haus oder im Häuserblock nebenan leben. So sind die Kinder immer in guten Händen und auch die Großeltern bleiben länger jung. Denn nichts hält fitter, als wenn man den jungen Sprösslingen durch den Garten hinterher jagt. So ein Wohnungsmodell geht sicher nicht für jeden, aber ist ein unterstützenswerter Ansatz. Ist die Familie nicht da, gibt es auch Modelle, so wie im Chemnitzer Stadtteil Bernsdorf zum Beispiel. Hier geht eine Wohnungsgenossenschaft einen neuen Weg und hat einen zentralen Anlaufpunkt im Viertel eingerichtet, wo den Seniorinnen und Senioren bei kleineren Problemen geholfen wird. Eine Mischung aus Hausmeister, Alltagshelfer und Ansprechpartner. Ein sogenannter Kümmerer.

Die nächste Herausforderung stellt eine wohnortnahe medizinische Versorgung dar. Was bislang lediglich als Problem des ländlichen Raums galt, ist jetzt auch in den Großstädten angekommen. Zwar gibt es in den Großstädten laut der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen genügend Mediziner, doch wie sich diese im Stadtgebiet verteilen, ist ihnen nicht bekannt. Und dass diese - ausschließlich aus statistischem Blickwinkel heraus - ausreichende Anzahl von Ärzten nicht dem Empfinden der Bürger entspricht, kann man aktuell gerade in Chemnitz sehen. Fast jede Woche berichten die Medien über neue Herausforderungen bei der Haus- oder Facharztsuche. Da eröffnete vor einigen Wochen eine neue Internistin im Chemnitzer Stadtteil Altendorf. Sie hat am ersten Tag der Eröffnung acht Stunden lang ausschließlich Termine an die wohl hundert und mehr wartenden Patienten vergeben. Mit Lebensqualität hat das wenig zu tun. Hier sind die Städte gefordert, Konzepte zu entwickeln, wie sie dem Problem begegnen

können, damit ältere Menschen für ihren Arztbesuch eben nicht durch die halbe Stadt fahren müssen. In Chemnitz haben wir deshalb zum einen das städtische Wirtschaftsförderungsunternehmen per Beschluss beauftragt und die notwendigen finanziellen Mittel bereit gestellt, damit sie gezielt medizinisches Fachpersonal für Chemnitz anwerben. Zusätzlich soll es die Initiative »Weiterbildungsverbund für Hausärzte« bei der Suche nach Nachfolgern für Hausarztpraxen unterstützen. Denn neben Hausärzten braucht es auch medizinisches Fachpersonal in den Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen. Weiterhin soll die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung ein Konzept der wohnortnahen Versorgung erstellen. Was raus kommt, bleibt abzuwarten.

Auch im Alter will man mobil sein, was erleben und sehen. Dafür braucht es natürlich Freizeitangebote in den Städten, die eben genau für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren ausgerichtet sind. Musikveranstaltungen und Konzerte, die speziell die ältere Generation ansprechen, in späten Abendstunden gestalten sich schwierig. Am besten wäre es aber, wenn diese am Wochenende stattfinden, damit auch jüngere Generationen die Möglichkeit haben, teilzunehmen. Hier sind die Kultureinrichtungen gefragt, den Spagat zu schaffen, um möglichst allen gerecht zu werden.

Wohnortnahe Begegnungsstätten, die nicht nur Angebote für ältere Menschen bereithalten, werden immer notwendiger. Gute Erfahrungen haben wir in Chemnitz auch mit solchen Einrichtungen, die generationsübergreifende Angebote machen. Denn voneinander lernen und miteinander etwas erleben ist nicht aufs Alter beschränkt. Hier muss die Kommune aktiv werden. Der Chemnitzer Stadtrat hat sich deshalb der Aufgabe angenommen und mit den Haushalten der letzten Jahre das Budget für Begegnungsstätten erhöht.

In Chemnitz hat die TU Chemnitz mit dem Programm Seniorenkolleg für ältere Menschen ein Bildungsangebot geschaffen. Dabei werden regelmäßig Vorlesungen zu Themen aus den Bereichen Na-

turwissenschaft und Technik, Soziales und Gesundheit, Politik und Gesellschaft, neue Medien, Sprachen, Kunst und Kultur angeboten. Auch Regionales steht dabei im Fokus. Durch das Seniorenkolleg werden soziale Kontakte unter den Älteren und Brücken zur jüngeren Generation gefördert. Ins Leben gerufen wurde es im Jahr 1993 von Professor Dr. Schöne. Die Teilnahme daran ist unabhängig vom Bildungsabschluss für alle möglich. Angebote wie diese sollten ausgebaut werden, denn sie ermöglichen ein lebenslanges Lernen. Auch Computerkurse für die ältere Generation sollten an Volkshochschulen angeboten werden. Denn die Älteren von heute sind eine Generation, die fast ein ganzes Leben lang nie einen Computer nutzen musste.

Eine attraktive Innenstadt mit ansprechendem Sortiment, Geschäfte mit gutem Kundenservice und guter Beratung, kurze Wege, aber auch Sauberkeit und Sicherheit und sogar Kleinigkeiten wie Sitzmöglichkeiten sind weitere wichtige Kriterien für eine älter werdende Stadtgesellschaft.

Und dass ein historischer, gepflasterter Marktplatz zwar schön – eben historisch – aussieht, mag zwar den Historikern gefallen, älter werdenden Menschen, vor allem mit Einschränkungen eher nicht. Auch hier gibt es barrierearme Alternativen, über die sich die Städte Gedanken machen müssen. In Chemnitz haben wir auch Kopfsteinpflaster, welches für Frauen mit Absatzschuhen oder Kinderwagen, Menschen im Rollstuhl oder mit Rollatoren eine echte Herausforderung darstellt. Um zumindest ansatzweise das Problem zu lösen, gibt es breite Streifen mit großen Platten, welche weiter ausgebaut werden.

Wer im Alter kein Auto hat oder einfach nicht mehr selbst fahren möchte, braucht einen guten öffentlichen Personennahverkehr. Dieser muss – außer regelmäßige Fahrzeiten anzubieten – vor allem barrierefrei sein, damit man mit Rollator oder Rollstuhl und ohne fremde Hilfe in den Bus oder die Bahn kommt. Die städtischen Verkehrsunternehmen brauchen daher Fahrzeuge, die darauf ausgerichtet sind. Die Chemnitzer Verkehrsaktiengesellschaft hat vor

wenigen Wochen Rollstuhlfahrer eingeladen, neu anzuschaffende Busse auf Bequemlichkeit und Barrierefreiheit zu testen. Dabei stellte sich heraus, dass hier noch Nachholbedarf besteht. Gut, wenn dies vorher geschieht und nicht erst festgestellt wird, wenn das »Kind in den Brunnen gefallen ist«. Dabei dürfen die Kosten aber nicht einfach umgelegt werden. Die Preise für Tickets müssen moderat bleiben oder es sollten Sondertickets für Senioren angeboten werden. Außerdem ist der Einsatz von sogenannten Niederflurbahnen wünschenswert. In Chemnitz werden zusätzlich die Haltestellen umgebaut, um einen barrierefreien Einstieg zu ermöglichen.

Und wie wäre es für die, die noch mit dem Auto mobil sind, mit Großeltern-Kind-Parkplätzen, ähnlich den Mutter-Kind-Parkplätzen? Großeltern spielen, wie ich eingangs sagte, eine immer größere Rolle für junge Familien. Gerade eben, weil im Beruf immer mehr Flexibilität gefordert und immer weniger Rücksicht auf Eltern mit Kinder genommen wird.

Die wohnortnahe Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten sollte für alle Generationen gewährleistet sein. Denn wie oft geht es einem so, dass eine Zutat für ein Rezept gerade nicht im Küchenschrank zu finden ist. Nachbarschaften von heute sind auch nicht mehr die vor über 27 Jahren. Heutzutage lebt jeder anonymisiert in einem Mehrfamilienhaus. Da ist für viele die Kaufhalle um die Ecke der favorisierte Anlaufpunkt, anstatt die unbekanntenen Nachbarn zu fragen. Deshalb sind kleine Läden, wo man schnell mal ein Stück Butter, Eier, Mehl oder Zucker kaufen kann, einfach praktischer als riesige Kaufhallen in den Einkaufszentren. Man ist schnell durch, weiß wo alles steht und das Beste ist: Sie sind genau um die Ecke. Und falls man aus gesundheitlichen Gründen doch nicht in den eigenen vier Wänden alt werden kann und man auf einen Pflegeplatz angewiesen ist, sollte dieser wohnortnah liegen. Denn da kennt man sich aus, hat Bekannte und fühlt sich daheim. Nicht umsonst heißt es, dass man einen alten Baum nicht verpflanzen soll. Das soll natürlich keine Werbung dafür sein, in jedem Viertel

ein Pflegeheim oder eine Einrichtung für Betreutes Wohnen einzurichten. Man sollte aber Stadtteile in Betracht ziehen, in denen Pflegeeinrichtungen eben auf Grund der Altersstruktur sinnvoll erscheinen. Zusätzlich muss sich auch die Pflege auf die immer älter werdende Gesellschaft einstellen. Durch die Zunahme an Hochaltrigen, kommt es außerdem durch Mehrfacherkrankungen zu einem höheren Pflegeaufwand.

Ihre Lebensqualität messen ältere Menschen auch daran, welche Unterstützung sie erhalten. Angebote der Kommune sind hier dringend notwendig. Chemnitz hat dazu einen Seniorensozialdienst eingerichtet. Er informiert, berät und unterstützt älter werdende Bürger sowie Angehörige und Dienstleister, die sich auf die Belange von Senioren spezialisiert haben. Die Leistungen des Seniorensozialdienstes sind kostenlos, trägerneutral und individuell. Die Sozialarbeiterinnen des Seniorensozialdienstes beraten und unterstützen telefonisch, zur Sprechzeit im Sozialamt oder auf Wunsch bei einem Hausbesuch.

Seniorinnen und Senioren wollen häufig, auch wenn sie nicht mehr so rüstig sind, gebraucht und einbezogen werden. Sie wollen Neues kennenzulernen, aktiv bleiben oder Fähigkeiten, Berufs- und Lebenserfahrungen weitergeben, sich für andere Menschen oder Natur und Umwelt engagieren. Dazu gehören auch ausreichend Angebote für ehrenamtliches Engagement, zum Beispiel in der Begegnungsstätte um die Ecke, in der Kinderbetreuung im Mehrgenerationenhaus oder in Fördervereinen von Museen. Wie stünde es um das Ehrenamt, wenn sich die Ü60-Generation daraus zurückziehen würde? Es wäre eine Katastrophe.

Ich möchte noch ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Chemnitz benennen, welches die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren verbessern soll. Die Verwaltung hat einen Seniorenleitfaden herausgegeben, der Hilfe für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter sowie eine Handreichung für erste Kontakte zu fachlich kompetenten Diensten im Fall von Krankheit und Pflegebedürftigkeit sein soll.

Doch neben der Frage, was Kommunen für die älter werdende Gesellschaft leisten sollten, muss auch gefragt werden, was die Gesellschaft aus sich heraus leisten kann. Während man uns als Kindern noch sagte, man solle in Bus oder Bahn aufstehen, wenn ein älterer Mensch sonst ohne Sitzplatz wäre, bewegt sich heute kaum noch ein junger Mensch von seinem Platz. Diese Werte sollten wieder an die Jugend vermittelt werden. Umgekehrt wäre es natürlich ebenso ein schönes Zeichen, wenn ein rüstiger Senior oder eine rüstige Seniorin ihren Platz einem überladenen Schüler mit Ranzen, Sporttasche, Kunstbeutel und Instrument frei gibt. Das Miteinander ist entscheidend. Um für mehr Verständnis bei jüngeren Menschen zu werben, hat die TU Chemnitz einen sogenannten Alterssimulationsanzug, kurz MAX entworfen. Einschränkungen im Sehvermögen und der Bewegung, muskulärer Kraftverlust, vermindertes Hörvermögen und ein reduzierter Tastsinn sollen dem Träger dieses Anzuges zeigen, wie es vielen älteren Menschen geht, damit man eben Verständnis dafür entwickelt, wenn die Kleingeldsuche an der Kasse länger dauert oder man eben nicht mehr so schnell über die Straße kommt.

Die Herausforderungen an die alternde Stadtgesellschaft sind vielfältig. Um sie zu lösen, braucht es nicht nur einer engagierten Stadtverwaltung und Politik, sondern auch einer offenen Stadtgesellschaft, die den Bedürfnissen von älteren Menschen gerecht wird. Durch den Erhalt von Infrastruktur, erhält man auch Lebensqualität – für alle Generationen. Außerdem muss das Bewusstsein entwickelt werden, dass ältere Menschen keine Belastung, sondern eine Bereicherung darstellen. Wir können von ihnen lernen und sie können uns noch bei vielem helfen. Deshalb sollte auch die junge Generation ein Interesse daran haben, dass ältere Menschen länger selbständig sind.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Titelfoto: © Rainer Sturm / pixelio
Stand: September 2017

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
<http://linksfraktion-sachsen.de>

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de